

Bürgertreff Ebersdorf braucht Hilfe

FÖRDERUNG Vertreter der Arbeiterwohlfahrt baten die SPD-Landtagsabgeordneten Susann Biedefeld und Ruth Waldmann, sich für die Finanzierung der Einrichtung stark zu machen.

Ebersdorf bei Coburg – Die Generationen übergreifenden Angebote im AWO-Bürgertreff stoßen bei Jung und Alt auf breite Resonanz. Dahinter steckt ein großes ehren- und hauptamtliches Engagement, das allerdings auch finanziert werden muss.

Auf ihrer Bayern-Tour machten die SPD-Landtagsabgeordneten Susann Biedefeld und Ruth Waldmann auch in der Gemeinde Ebersdorf Station. AWO-Vertreter gaben ihnen die Bitte mit, sich für Finanzierungsmöglichkeiten des Ebersdorfer Bürgertreffs einzusetzen.

Biedefeld und ihre Münchner Kollegin Ruth Waldmann, die Mitglied im sozialpolitischen Ausschuss des Bayerischen Landtags ist und in der Fraktion ihre Schwerpunkte in der Behinderten- und Seniorenpolitik hat, führten bei der AWO auch Fachgespräche mit Behindertenbeauftragten und -Organisationen zum Senioren-Projekt in der Gemeinde Ebersdorf.

Der AWO-Bürgertreff wird nicht wie die Mehrgenerationenhäuser gefördert. Für die Baumaßnahme erhielt der AWO-Kreisverband einen einmaligen Zuschuss von der Gemeinde Ebersdorf, die außerdem jährlich einen Personalkostenzuschuss von 25 000 Euro ge-

währt. „Wir müssten rund 10 000 zusätzliche Teilnehmer jährlich in unserem Bürgertreff haben, um die Kosten darüber zu finanzieren“, erklärte Awo-Kreisvorsitzender Hubert Joppich. Die entstehende Kostenlücke könne auch nicht durch weiteres Ehrenamt gedeckt werden, denn dieses sei schon nahezu ausgereizt. Zudem könnten

nicht alle Aufgaben ehrenamtlich bewältigt werden. Schließlich sei diese Einrichtung auch ein Servicezentrum zur Vermittlung von Dienstleistungen und Beratungsangeboten, vernetze

Dienstleister und Beratungsanbieter und biete alltagspraktische Hilfen. Die Vorträge, kulturellen, kreativen und informellen Veranstaltungen ermöglichen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Im letzten Jahr seien 635 Veranstaltungen mit 4350 Teilnehmern abgehalten worden. Die 24 ehrenamtlich Tätigen hätten dabei einen unentgeltlichen Einsatz im Wert von 20 000 Euro geleistet.

Unterstützung zugesagt

Von dieser Zahl zeigten sich auch die beiden Abgeordneten sehr beeindruckt und wollen das AWO-Anliegen mit nach München nehmen. „Es kann nicht sein, dass solche Einrichtungen



Der AWO-Bürgertreff in der Frohnlacher Straße 31 in Ebersdorf wurde 2012 eröffnet.

Foto: Archiv



Ruth
Waldmann



Susann
Biedefeld

ihre Angebote reduzieren müssen, weil es dafür keine Förderungen gibt, Träger auf den Kosten sitzenbleiben oder noch mehr Kosten auf die Kommunen abgewälzt werden sollen“, meinte Susann Biedefeld.

Gerade Kommunen, die auf der anderen Seite Angebote schaffen wollen und müssen, um

auf den demografischen Wandel zu reagieren, stehe immer weniger Geld zur Verfügung. Insbesondere im ländlichen Raum seien Senioren auf sich alleine gestellt, weshalb hier die Kommunen massiv gefordert seien. Eine bessere staatliche Förderung würde deshalb auch helfen, um weitere sinnvolle Projekte, umzusetzen.

Engagement stößt an die Grenzen

„Bei uns gibt es ein hohes ehrenamtliches Engagement. Mit den geringsten Mitteln wird das Bestmögliche herausgeholt“, erklärte Danica Faber vom Sozialmanagement der Gemeinde Ebersdorf. Sie gab Erläuterungen zum Seniorenkonzept „Gemeinsam leben – gemeinsam alt werden“, bei dem auch die Bürger beteiligt und vom Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik Handlungsempfehlungen zur Verfügung gestellt wurden.

Auch wenn die Gemeinde Ebersdorf seit Jahren in der Seniorenarbeit gut aufgestellt sei, sieht Bürgermeister Bernd Reisenweber (BG) die Arbeit noch lange nicht beendet. Beispielsweise wollten heute viele vitale Senioren nicht ins Seniorenheim

mit „Rundumbetreuung“, sondern unabhängig bleiben, und sie suchten nach alternativen Wohnformen. Auf der anderen Seite gebe es immer mehr ältere Menschen, die an Demenz erkranken und in ihrer gewohnten Umgebung bleiben wollen. Hier stoße manches ehrenamtliche Engagement an die Grenzen.

Nachholbedarf gebe es für die Gemeinde Ebersdorf beispielsweise im Bereich der Barrierefreiheit, die allerdings mit hohem finanziellen Aufwand verbunden sei.

In die gleiche Kerbe schlug auch der Behindertenbeauftragte des Landkreises Coburg, Bernd Lanzendörfer. Er wies auf fehlende Handlungsempfehlungen zur Vorbereitung auf nicht alltägliche Katastrophenfälle hin, bei denen Menschen mit Behinderung betroffen sind.

„Hier muss das Innenministerium für barrierefreie Notrufe sorgen“, fordert Ruth Waldmann. Was nütze es, wenn beispielsweise ein Notruf mittels eines normalen Faxgerätes abgesetzt wird, die Nachricht aber niemand ohne besonderes Signal bemerkt, weil er beispielsweise nicht im Zimmer ist? red

„Wir müssten zur Kostendeckung rund 10 000 zusätzliche Teilnehmer jährlich in unserem Bürgertreff haben.“



Hubert Joppich
Kreisvorsitzender
der Awo